Antrag

der Abg. Dr. Gisela Splett u. a. GRÜNE

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum

Einschränkungen der Aufgabenerfüllung im Naturschutz abwenden

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sich die Verteilung der Haushaltsmittel im Naturschutz auf einzelne Aufgabenfelder wie beispielsweise Natura 2000, PLENUM, Biosphärengebiet, Vertragsnaturschutz, Landschaftspflege (inkl. Landschaftspflegeverbände), Artenschutzprogramm, Biotopvernetzung, Naturparke und Naturschutzzentren im Jahr 2009 konkret darstellt;
2. bei welchen Aufgabenfeldern, Projekten oder Programmen ein Rückgang der verfügbaren Landesmittel und ggf. der EU-Mittel in welchem Umfang gegenüber 2008 zu verzeichnen ist und welche Projekte/Programme deshalb mit welchen Auswirkungen eingeschränkt bzw. gestoppt werden mussten bzw. müssen;
3. wie sich das Mittelvolumen und die Mittelverteilung innerhalb der Landschaftspflegeleitlinie gegenüber dem vergangenen Jahr verändert haben;
4. wie viele Mittel konkret für Kreispflegeprogramme im letzten und in diesem Jahr in den einzelnen Kreisen zur Verfügung standen bzw. stehen und welche Konsequenzen ein Mittelrückgang in diesem Bereich für Kommunen, Naturschutzverbände und den Erhaltungszustand bisher gepflegter Flächen hätte;

5. von welchen Kosten sie für die Erstellung von Natura 2000-Managementplänen pro Hektar bzw. pro Plan aufgrund welcher Erfahrungen ausgeht, unterschieden nach Offenland und Wald;
6. von welchen Kosten sie für das nach FFH-Richtlinie vorgeschriebene Monitoring ausgeht und in welchem Umfang die zuständige(n) Behörde(n) hierfür erhöhte Mittelzuweisungen erhält/erhalten;
7. von welchen Kosten sie in den kommenden Jahren für die Umsetzung von Natura 2000 ausgeht, inkl. Erstellung der Managementpläne, Maßnahmenumsetzung und Monitoring;
8. inwieweit sich die personelle Situation im Naturschutz auf den verschiedenen Ebenen seit 2007 verbessert hat;
9. ob es zutrifft, dass aufgrund der finanziellen und personellen Ausstattung des Naturschutzes für Aufgaben wie die „naturschutzorientierte Umweltbeobachtung“ oder eine Aktualisierung der Biotopkartierung kein Spielraum besteht bzw. falls dies nicht zutrifft, wann und wie diese Aufgaben in Angriff genommen werden;
10. ob abgeschätzt werden kann, wie viel die Umsetzung der Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie das Land zusätzlich kosten würde, wenn neben dieser Aufgabe die bisherigen Projekte und Leistungen des Landes im Naturschutz weiter durchgeführt würden.

26. 05. 2009

Dr. Splett, Bauer, Dr. Murschel,
Rastätter, Sckerl GRÜNE

Begründung

Das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum hatte für das Haushaltsjahr 2009 einen Mehrbedarf in Höhe von ca. 3 Mio. Euro für Naturschutzaufgaben angemeldet. Diese angestrebte Mittelerhöhung wurde nicht realisiert. Unbestritten ist jedoch, dass die Naturschutzverwaltung eine gewachsene Aufgabenfülle zu bewältigen hat und insbesondere in den Folgejahren ein verstärktes Engagement für die Umsetzung von Natura 2000 notwendig sein wird (vgl. Minister Hauk lt. Drucksache 14/3608, zu gewachsenen Aufgaben vgl. auch Drucksache 14/1525). Inzwischen verdichten sich die Hinweise, dass es aufgrund der Mittelknappheit zu erheblichen Umschichtungen im Naturschutzhaushalt kommt. Da im Bereich der Pflichtaufgaben kaum Einsparmöglichkeiten bestehen, ist zu befürchten, dass diese zu-lasten „freiwilliger“, aber für den Erhalt der Biodiversität unverzichtbarer Aufgaben gehen.

Der vorliegende Antrag soll klären, wie die vorhandenen Mittel konkret in diesem Jahr auf die einzelnen Aufgabenbereiche aufgeteilt wurden und zu-lasten welcher Programme oder Aufgabenfelder die Nichterhöhung des Mittelansatzes geht.

Anliegen der Antragstellerinnen und Antragsteller ist es, die Mittelausstattung des Naturschutzes entsprechend der gewachsenen Aufgaben zu verbessern und die Naturschutzverwaltung in diesem und in den kommenden Jahren in die Lage zu versetzen, den Herausforderungen und den Verpflichtungen zum Erhalt der Biodiversität gerecht zu werden.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Beitrittserklärung des Landes zur Countdown-2010-Initiative, mit der sich das Land verpflichtet hat, besondere Anstrengungen zu unternehmen, um den Rückgang der Biodiversität bis zum Jahr 2010 zu stoppen.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 18. Juni 2009 Nr. Z(51)–0141.5/339F nimmt das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. wie sich die Verteilung der Haushaltsmittel im Naturschutz auf einzelne Aufgabenfelder wie beispielsweise Natura 2000, PLENUM, Biosphärengebiet, Vertragsnaturschutz, Landschaftspflege (inkl. Landschaftspflegeverbände), Artenschutzprogramm, Biotopvernetzung, Naturparke und Naturschutzzentren im Jahr 2009 konkret darstellt;

Zu 1.:

Zur Erfüllung der verschiedenen Aufgaben im Bereich des Naturschutzes nimmt das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum die Mittelverteilung auf der Grundlage der Mittelanforderungen der Regierungspräsidien vor. Die Regierungspräsidien erhalten keine nach Aufgabenfeldern aufgeschlüsselten Mittelzuweisungen sondern Gesamtbeträge, die im Wesentlichen nur im Hinblick auf Erfordernisse im Zusammenhang mit der EU-Kofinanzierung differenziert werden. In diesem Rahmen wurden für das Jahr 2009 lediglich einige Aufgabenbereiche, wie Natura 2000-Managementpläne, LIFE-Projekte, Naturschutzzentren, Naturschutzgroßprojekte, PLENUM-Förderung, Förderung des Biosphärengebiets Schwäbische Alb und die Anschaffung eines neuen Ökomobils für das Regierungspräsidium Stuttgart priorisiert.

Vor diesem Hintergrund ist eine differenzierte Darstellung der Mittelverteilung in der gewünschten Detaillierung derzeit nicht möglich. Diese lässt sich erst dann darstellen, wenn die vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum bereitgestellten Mittel auf der Grundlage der von den Regierungspräsidien vorzunehmenden Schwerpunktsetzungen bewilligt bzw. festgelegt und auch den nachgeordneten Behörden zur weiteren Verwendung zugewiesen sind. Hierzu ist auch anzumerken, dass das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum zwischenzeitlich den Regierungspräsidien nochmals ergänzende Mittel in Höhe von einer Million Euro zur Verfügung gestellt hat. Bei Umsetzung von kofinanzierungsfähigen Maßnahmen wurde dadurch auch die Möglichkeit eröffnet, diesen Betrag durch den Einsatz weiterer EU-Mittel in etwa zu verdoppeln.

2. bei welchen Aufgabenfeldern, Projekten oder Programmen ein Rückgang der verfügbaren Landesmittel und ggf. der EU-Mittel in welchem Umfang gegenüber 2008 zu verzeichnen ist und welche Projekte/Programme deshalb mit welchen Auswirkungen eingeschränkt bzw. gestoppt werden mussten bzw. müssen;

3. wie sich das Mittelvolumen und die Mittelverteilung innerhalb der Landschaftspflegerichtlinie gegenüber dem vergangenen Jahr verändert haben;

Zu 2. und 3.:

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die im Landeshaushalt 2009 für Naturschutz und Landschaftspflege eingestellten Mittel gegenüber dem Jahr 2008

*) Nach Ablauf der Drei-Wochen-Frist eingegangen.

nicht reduziert sondern erhöht wurden (Planansatz 2008: 27,15 Mio. €; Planansatz 2009: 28,4 Mio. €). Angesichts der insgesamt angespannten Haushaltslage des Landes verdeutlicht diese Erhöhung, dass für die Landesregierung Naturschutz und Landschaftspflege von besonderer Bedeutung sind. Zu den Landesmitteln kommen in beiden Jahren noch jeweils rund 7 Mio. € an EU-Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie Mittel aus dem EU-Förderprogramm LIFE, die den Regierungspräsidien von der EU-Kommission direkt zufließen. Fakt ist aber auch, dass sich durch zusätzliche Erfordernisse – wie die Genehmigung von zwei LIFE +-Projekten, die weitere Umsetzung des Biosphärengebiets Schwäbische Alb – ein erhöhter Mittelbedarf ergibt, der in gewissem Umfang auch Mittelverschiebungen zur Folge hat.

Dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum liegen keine Erkenntnisse vor, dass Programme bzw. dringende Projekte gestoppt werden müssen. Allerdings wird sich die Notwendigkeit ergeben, dass geplante Maßnahmen teilweise zeitlich gestreckt werden müssen. In diesem Zusammenhang ist jedoch anzumerken, dass auch in den Vorjahren nicht davon ausgegangen werden konnte, dass der von den Regierungspräsidien gemeldete Mittelbedarf in vollem Umfang bereitgestellt werden kann. Auch hier mussten bereits Priorisierungen durch die Regierungspräsidien in Zusammenarbeit mit den Landratsämtern vorgenommen werden.

4. wie viele Mittel konkret für Kreispflegeprogramme im letzten und in diesem Jahr in den einzelnen Kreisen zur Verfügung standen bzw. stehen und welche Konsequenzen ein Mittelrückgang in diesem Bereich für Kommunen, Naturschutzverbände und den Erhaltungszustand bisher gepflegter Flächen hätte;

Zu 4.:

Auf die Ausführungen zu Ziff. 1 wird verwiesen. Grundsätzlich ist anzumerken, dass sich die Auswirkungen eines Mittelrückgangs nicht verallgemeinern lassen. Dabei kommt es darauf an, unter fachlichen Gesichtspunkten abzuwägen, welche Maßnahmen zwingend durchgeführt oder auch noch in das nächste Jahr verschoben werden können. Seitens der Landesregierung ist und bleibt es ein wichtiges Anliegen, die Partner in der Landschaftspflege auch in Zukunft finanziell adäquat unterstützen zu können. Unter den bekannten Rahmenbedingungen kann es jedoch in finanziell schwierigen Zeiten notwendig werden, dass den Erwartungen nicht in vollem Umfang entsprochen werden kann.

5. von welchen Kosten sie für die Erstellung von Natura 2000-Managementplänen pro Hektar bzw. pro Plan aufgrund welcher Erfahrungen ausgeht, unterschieden nach Offenland und Wald;

Zu 5.:

Für die Erstellung von Natura 2000-Managementplänen wird derzeit von einem Kostenbedarf von durchschnittlich rund 60 € pro Hektar Natura 2000-Gebietsfläche ausgegangen. Für das Offenland werden rund zwei Drittel der eingesetzten Mittel verwendet (inkl. der Koordination der Planerstellung sowie der Erarbeitung des Gesamtplans). Auf die Erstellung des Waldmoduls, das in den Gesamtplan integriert wird, entfallen rund ein Drittel der Gesamtausgaben für die Managementplanerstellung. Der geringere Finanzbedarf im Wald ist in der Nutzung von Synergieeffekten, insbesondere durch die Berücksichtigung bestehender Instrumente wie Waldbiotopkartierung und Forsteinrichtung begründet.

Grundlage für diese Kostenschätzung sind Erfahrungen aus der Erstellung von Pilot-Managementplänen (PEPL), der Erstellung von Pflegeplänen für Naturschutzgebiete und den Ergebnissen der Ausschreibung zur Erstellung von Managementplänen in Natura 2000-Gebieten (MaP). Wegen der unterschiedlichen naturräumlichen Gegebenheiten – insbesondere der unterschiedlichen Ausstattung mit Natura 2000-Lebensraumtypen und Arten – sind die Kosten für die Erstellung der Managementpläne in den einzelnen Gebieten jedoch unterschiedlich hoch.

6. von welchen Kosten sie für das nach FFH-Richtlinie vorgeschriebene Monitoring ausgeht und in welchem Umfang die zuständige(n) Behörde(n) hierfür erhöhte Mittelzuweisungen erhält/erhalten;

Zu 6.:

Nach Artikel 11 FFH-Richtlinie sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, den Erhaltungszustand der Lebensraumtypen und Arten von gemeinschaftlicher Bedeutung zu überwachen. Für die Wald-Lebensraumtypen erfolgt dies bereits durch die regelmäßig wiederkehrende Forsteinrichtung, Waldbiotopkartierung und Bundeswaldinventur. Darüber hinaus entstehen in den kommenden Jahren für die Durchführung des Monitorings für FFH-Arten und Offenland-Lebensraumtypen weitere Kosten. Die künftigen Kosten werden derzeit auf insgesamt rund 2,3 Mio. € jährlich geschätzt und sind grundsätzlich kofinanzierungsfähig.

Mit der Umsetzung des zusätzlich erforderlichen Monitorings für FFH-Arten und Offenland-Lebensraumtypen wird derzeit begonnen. Für den Einstieg ins Monitoring, das die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) federführend betreut, sind im laufenden Haushaltsjahr 200.000 € vorgesehen.

7. von welchen Kosten sie in den kommenden Jahren für die Umsetzung von Natura 2000 ausgeht, inkl. Erstellung der Managementpläne, Maßnahmenumsetzung und Monitoring;

Zu 7.:

Für die Umsetzung von Natura 2000 in den Jahren 2010 und 2011 wird für die Erstellung der Managementpläne von einem Finanzbedarf von rund 3,6 Mio. € jährlich ausgegangen, wobei hiervon rund 40 % durch Kofinanzierungsmittel der Europäischen Kommission im ländlichen Raum auf der Grundlage der ELER-Verordnung abgedeckt werden. Für Monitoring und für die Bearbeitung weiterer Grundlagen zur Erfüllung der Berichtspflicht wird künftig von Kosten in Höhe von rund 3,8 Mio. € jährlich ausgegangen; auch diese sind grundsätzlich kofinanzierungsfähig. Darüber hinaus wird die Umsetzung von Natura 2000 (insbesondere Vertragsnaturschutz) im Rahmen der bestehenden Förderprogramme (Landschaftspflegerichtlinie, MEKA, Umweltzulage Wald, Richtlinie Naturnahe Waldwirtschaft) finanziert. Im öffentlichen Wald erfolgt die Umsetzung durch die planmäßige Bewirtschaftung auf Basis der Forsteinrichtung.

8. inwieweit sich die personelle Situation im Naturschutz auf den verschiedenen Ebenen seit 2007 verbessert hat;

Zu 8.:

Auf der Ebene der unteren Naturschutzbehörden (insoweit nur Landratsämter) gab es seit 2007 (vgl. Drucksache 14/1525) bei den Landesbediensteten keine Veränderungen.

Auf der Ebene der höheren Naturschutzbehörden konnten im Rahmen des Nachtrags 2008 und des Haushalts 2009 bei den Regierungspräsidien Freiburg und Karlsruhe je 5,75 Zeitvertragsstellen in unbefristete Sachmittelstellen bzw. in bis 2017 laufende „kw-Stellen“ umgewandelt werden, bei den Regierungspräsidien Stuttgart und Tübingen im Nachtrag 2008 je 4,75 Stellen.

Bei der LUBW in Karlsruhe wurden im Nachtrag 2008 5 Zeitvertragsstellen in unbefristete Sachmittelstellen oder in bis 2017 befristete „kw-Stellen“ umgewandelt. Dazu kommen 3 weitere Umwandlungen für den Bereich Naturschutz aus dem Kapitel 1010 (Umweltministerium) im Nachtrag 2008.

Hintergrund dieser Umwandlungen ist der Personalbedarf für die Umsetzung von Natura 2000.

Auf der Ebene der obersten Naturschutzbehörde (Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum) gab es keine Veränderungen.

9. ob es zutrifft, dass aufgrund der finanziellen und personellen Ausstattung des Naturschutzes für Aufgaben wie die „naturschutzorientierte Umweltbeobachtung“ oder eine Aktualisierung der Biotopkartierung kein Spielraum besteht bzw. falls dies nicht zutrifft, wann und wie diese Aufgaben in Angriff genommen werden;

Zu 9.:

Es trifft zu, dass im Naturschutz für wünschenswerte, aber nicht zwingend erforderliche bzw. rechtlich nicht verbindlich vorgeschriebene Projekte weder finanzielle noch personelle Spielräume bestehen.

Allerdings werden die angesprochenen Aufgaben „Naturschutzorientierte Umweltbeobachtung und Aktualisierung der Biotopkartierung“ sukzessive im Rahmen der Pflichtaufgaben Natura 2000 (Managementplanung, FFH-Monitoring und Erarbeitung weiterer Grundlagen für die Berichtspflichten) weitgehend abgedeckt.

10. ob abgeschätzt werden kann, wie viel die Umsetzung der Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie das Land zusätzlich kosten würde, wenn neben dieser Aufgabe die bisherigen Projekte und Leistungen des Landes im Naturschutz weiter durchgeführt würden.

Zu 10.:

Ein großer Teil der in der „Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt“ formulierten Ziele ist durch die Naturschutzarbeit der staatlichen Naturschutzverwaltung – Naturschutz ist Ländersache – abgedeckt. Da es sich bei der „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“ um eine Strategie des Bundes handelt, die „nicht nur innerstaatliche Einrichtungen in Bund, Ländern und Kommunen anspricht, sondern alle gesellschaftlichen Akteure“, ist eine sinnvolle monetäre Quantifizierung der Umsetzung der zusätzlichen, durch die nationale Biodiversitätsstrategie formulierten Ziele, auf Landesebene nicht möglich.

Das Land Baden-Württemberg wird jedoch im Rahmen seiner Möglichkeiten an der Umsetzung mitwirken.

Hauk

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum